

II- 4194 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 29. APR. 1975

No. 208417

A n f r a g e

der Abgeordneten DVw. Josseck und Genossen an den
Herrn Bundesminister für Finanzen betreffend
Besteuerung des Eigenverbrauchs

Durch die Besteuerung des Eigenverbrauchs nach dem Umsatzsteuergesetz soll der Unternehmer, dem allgemeinen Grundsatz der Verbrauchsbesteuerung entsprechend, soweit er Selbstversorger ist, den übrigen Verbrauchern gleichgestellt werden. Die umsatzsteuerliche Entlastung der für das Unternehmen erworbenen Gegenstände oder getätigten Aufwendungen durch den Vorsteuerabzug soll durch die Eigenverbrauchsbesteuerung ausgeglichen werden.

Es hat sich allerdings gezeigt, daß es Fälle gibt, die über diese auch im DE zum Umsatzsteuergesetz 1972 aufgestellte Regel hinausgehen. So ist etwa der Telefonprivatanteil, obwohl für Leistungen der Post keine Umsatzsteuer zu entrichten ist und somit auch kein Vorsteuerabzug vorgenommen werden kann, mit 16% zu versteuern. Weiters ist auch vom Privatkostenanteil des im Betriebsvermögen befindlichen PKW 16% Steuer zu entrichten und zwar auch von jenen in diesem Anteil enthaltenen Positionen wie Kraftfahrzeugsteuer und Versicherung, für die kein Vorsteuerabzug zusteht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e:

- 1.) Ist das Bundesministerium für Finanzen bereits konkret mit der gegenständlichen Problematik befasst?
- 2.) Wird geprüft werden auf welche Weise eine Lösung dieser Frage hiebei geführt werden könnte?